

## Kanada: Bischofskonferenz kritisiert Konversionsverbot

**Die kanadische Bischofskonferenz macht sich Sorgen, dass ein Verbot von sogenannten Konversionstherapien die "legitime Vielfalt" des Landes beschädigen könne.**

Die kanadische Bischofskonferenz hat einen von der Regierung in Ottawa geplanten Gesetzentwurf zum Verbot von "Konversionstherapien" für queere Menschen kritisiert. Die Führung der Glaubensgemeinschaft erklärte zwar, man lehne "erzwungene und manipulative Aktivitäten" ab, gleichzeitig wurde die Befürchtung geäußert, dass mit dem Verbot "die legitime Vielfalt bezüglich Ansichten zu Sexualität" beschädigt werden könne, so die Bischofskonferenz in einer vierseitigen Stellungnahme.



Die Minderheitsregierung des liberalen Premierministers Justin Trudeau hatte Anfang Oktober einen Gesetzentwurf vorgestellt. Dieser sieht fünf neue Straftatbestände vor: Erstens soll die "Heilung" von queeren Jugendlichen verboten werden; zweitens soll es untersagt werden, Jugendliche ins Ausland zu bringen, um sie dort zu "heilen"; drittens soll es nicht gestattet sein, einen Erwachsenen gegen dessen Willen zu "heilen"; viertens soll untersagt werden, mit "Konversionstherapien" Gewinn zu machen; fünftens soll "Werbung" für "Heilungs"-Angebote nicht mehr möglich sein.

### Unterstützung von mehreren Oppositionsparteien

Trudeaus Liberale können sich bei diesem Entwurf auf die Unterstützung mehrerer kleiner Parteien, der sozialdemokratischen NDP, des separatistischen Bloc Québécois und der Grünen, sicher sein. Nur aus der konservativen Tory-Partei von Oppositionsführer Erin O'Toole gibt es Kritik am Entwurf. O'Toole kündigte jedoch an, dass es sich dabei um eine Gewissensfrage handle und er den Fraktionszwang aufheben werde.

Die Bischofskonferenz erklärte, dass das Gesetz zwar "gut gemeint" sei, aber zur Folge habe, dass etwa Eltern kriminalisiert werden könnten, wenn sie privat mit ihren Kindern "über Fragen der menschlichen Sexualität" sprächen. Ausserdem gebe es "eine echte Gefahr, dass christliche, andere religiöse oder ethische Lehren in Bezug auf menschliche Sexualität als Straftaten interpretiert" werden würden. Das Gesetz würde auch Priester unter Strafe stellen, "die Menschen, die sich gleichgeschlechtlich hingezogen fühlen, Keuschheit empfehlen". Ausserdem könne das Gesetz klinische Beratung verbieten, in der über "viele Formen von zerstörerischem sexuellen Verhalten" gesprochen wird.

Die liberale Regierung betont dagegen, dass die Religionsfreiheit bestehen bleibe. Allerdings habe der Staat die Aufgabe, Kinder vor Praktiken zu schützen, die zu einem "lebenslangen Trauma" führen würden.

Knapp 40 Prozent der Kanadierinnen und Kanadier sind Mitglied der katholischen Kirche, die damit die grösste Glaubensgemeinschaft des Landes ist. Die Bischofskonferenz hat bereits wiederholt Stimmung gegen LGBTI-freundliche Gesetze gemacht. So hat die Kirche lange gegen die staatliche Öffnung der Ehe für Schwule und Lesben gekämpft und Gläubige aufgefordert, Druck auf die Behörden auszuüben, damit das Ehe-Verbot für Schwule und Lesben erhalten bleibt. Dabei ging die Kirche wenig zimperlich vor: In der Debatte erklärte Bischof Frederick Henry 2003 etwa, dass Schwule und Lesben kein Recht auf Ehe verdienten, da ihr homosexuelles Verhalten "böse" sei.

Trotz des Widerstandes gegen die Gleichbehandlung gilt Kanada heute als eines der LGBTI-freundlichsten Länder der Welt. Die Ehe wurde etwa bereits 2005 bundesweit geöffnet – damit war Kanada das erste außereuropäische Land, das Schwule und Lesben im Ehe-Recht gleichstellte.

queer.de / 1.11.2020